Antworten der CDU Deutschlands auf den offenen Brief von PULSE of EUROPE

Dr. Peter Tauber MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands

Europa stärken heißt Deutschland stärken

1. **Welches sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen, denen Europa und die Europäische Union ausgesetzt sind? Mit welchen konkreten Maßnahmen oder Vorschlägen will Ihre Partei diesen begegnen?**

Entscheidend für eine gute Zukunft Europas ist das Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger zu der Idee eines vereinten Europas. Deshalb ist es gut, dass zum Beispiel Pulse of Europa daran erinnert: Demokratie, Rechtstaatlichkeit und die friedliche Lösung von Konflikten in der Europäischen Union sind keine Selbstverständlichkeit. Wir können uns frei in Europa bewegen, ohne lange an Grenzen warten zu müssen. Wir können frei entscheiden, in welchem europäischen Land wir arbeiten und leben. Und wir können in vielen Ländern mit einer gemeinsamen Währung zahlen. Über diese Erfolge der europäischen Einigung müssen wir immer wieder sprechen, anstatt die zweifellos auch vorhandenen Probleme in den Vordergrund zu rücken. Denn die Erkenntnis von Konrad Adenauer gilt auch noch heute: „*Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.*“ Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa. Aber viele Herausforderungen können wir nur gemeinsam in der Europäischen Union erfolgreich lösen.

1. Unser Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern über konkrete, im Alltag spürbare Fortschritte den Nutzen der Europäischen Union aufzuzeigen. Die „Generation Erasmus“ weiß um die Vorteile der EU. Deshalb wollen wir dieses Programm weiter stärken. Auch Schüler sollten noch intensiver an Austauschprogrammen teilnehmen. Handwerker und andere Berufsgruppen müssen noch stärker EU-Stipendienprogramme nutzen können. Dabei entstehen lebenslange Freundschaften über Grenzen hinweg. Sie tragen mehr als vieles andere zum europäischen Zusammenhalt bei. Zudem können mehrsprachige Bürgerinnen und Bürger die Freiheiten in der Europäischen Union noch besser nutzen. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass Fremdsprachen gelernt und Austausch- und Stipendienprogramme sowie Städtepartnerschaften gefördert werden.

2. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Vorteile der EU persönlich erleben können. Dazu gehört auch, dass sie für sich eine gute Perspektive sehen. Dafür müssen wir die

Wirtschaft weiter voranbringen, damit noch mehr Menschen die Chance auf eine gute Ausbildung und eine gute Arbeit haben. Entscheidend für unseren Wohlstand ist vor allem der gemeinsame Binnenmarkt. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten – der Waren-, Dienstleistungs-, Kapitalfreiheit und Personenfreizügigkeit – weiter stärken. Die Mitgliedstaaten müssen Strukturreformen durchführen und gemeinsam müssen wir Barrieren im Binnenmarkt abbauen. Dies gilt z. B. für die Digitalwirtschaft, den Energiesektor und den Kapitalmarkt. Dabei werden wir Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards erhalten, denn mehr Wettbewerb darf nicht weniger Wohlstand für den Einzelnen bedeutet.

Wir müssen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung ermöglichen, damit die Menschen jetzt, aber auch unsere Kinder und Enkel alle Chancen auf gute Arbeit und ein gutes Leben haben. Der sogenannte Juncker-Fonds ist hierfür ein wichtiges Instrument. Wir wollen den Fonds weiter nutzen.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU fördert Wachstum und Wohlstand. Um die Arbeitnehmermobilität weiter zu fördern, wollen wir vor allem Berufsqualifikationen einfacher anerkennen. Bewährte Ausbildungs- und Qualifikationsstandards wie die duale Ausbildung und der Meisterbrief sind ein wichtiger Ausweis besonderer Qualifikation. Deshalb wollen wir sie bewahren. Sie sind gute Vorbilder für andere Länder, um dort sichere Arbeitsplätze und Wohlstand zu fördern.

Eine starke Wirtschafts- und Währungsunion dient den Menschen in der EU. Dies erfordert eine wirkungsvolle wirtschaftspolitische Abstimmung. Wichtig ist dabei das Europäische Semester. Mit diesem Instrument stimmen die Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander ab. Zudem enthält es Reformempfehlungen für die einzelnen Länder. Diese länderspezifischen Empfehlungen sollten auf Schlüsselbereiche zielen – vor allem auf Strukturreformen und solide Haushalte. Gerade Strukturreformen in den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten sind Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum, größere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch mehr Arbeitsplätze. Die Strukturfonds sollen dafür eingesetzt werden, Reformprozesse und Innovationen zu unterstützen. Länder wie Spanien und Portugal zeigen, wie Reformen ein Land wieder voranbringen können. Nicht nur dort finden wieder mehr Menschen Arbeit. Der Wohlstand steigt. Hierzu trägt die Europäische Union maßgeblich bei – durch den freien Binnenmarkt, durch Hilfe für Reformen und durch Hilfe für die strukturell schwächeren Mitgliedstaaten.

3. Die Menschen wollen frei und sicher leben. Hierfür ist mehr Zusammenarbeit in der Europäischen Union nötig, denn Kriminalität und Terror machen nicht an Grenzen halt. Um Terrorismus wirksam zu bekämpfen, wollen wir einen besseren Datenaustausch der Sicherheitsbehörden in der EU. Freies Reisen im Schengen-Raum ist eine großartige Errungenschaft. Es darf aber kein Sicherheitsrisiko darstellen.

Wir müssen künftig auch mehr Verantwortung für unsere eigene Verteidigung übernehmen. Für eine europäische Außenpolitik aus einem Guss müssen sich die Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Union enger abstimmen und mit einer Stimme sprechen. Die CDU strebt eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion an. Dafür müssen wir die militärischen Fähigkeiten in der Europäischen Union stärken, besser koordinieren und – wo möglich – zu integrierten Verbänden zusammenlegen. Hierfür werden wir mit den Staaten militärisch enger zusammenarbeiten, die dazu bereit sind. Damit erhöhen wir die Schlagkraft der europäischen Verteidigung. Langfristig streben wir eine europäische Armee an.

Eine starke europäische Verteidigung muss die NATO ergänzen. Sie ist ein wichtiger Beitrag zu einer gerechteren Lastenteilung innerhalb der Allianz.

2. **Am 25. März haben führende Vertreter von 27 EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Rom eine Erklärung zu den nächsten zehn Jahren der Union abgegeben. Diese Erklärung ist allerdings abstrakt und beinhaltet kein konkretes Maßnahmenprogramm. Greifen Sie bitte drei Aspekte der Erklärung heraus und erläutern Sie, wie Ihre Partei diese in praktische Politik umzusetzen vorschlägt. Alternativ bitten wir Sie, Aspekte herauszugreifen, die Ihre Partei nicht unterstützt. Bitte erläutern Sie in diesem Fall die Gründe dafür.**

Die CDU unterstützt die Erklärung von Rom. Ebenso wie die Erklärung bekennt die CDU: Wir „*sind stolz auf die Errungenschaften der Europäischen Union*“. Die in Rom beschlossenen Ziele decken sich grundsätzlich mit den Zielen und Vorstellungen der CDU. Konkrete Antworten, wie diese Ziele mit Leben erfüllt werden sollen, wurden hier bereits in den Ausführungen zur ersten Frage gegeben.

Die CDU steht darüber hinaus z. B. hinter dem Ziel eines sicheren und geschützten Europas und einer nachhaltigen Migrationspolitik. Wir wollen die EU-Außengrenzen noch

besser sichern. Wir haben die Einsatzfähigkeit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gestärkt. Sie hat mehr Befugnisse, deutlich mehr Geld, mehr Personal und eine bessere Ausrüstung erhalten. Frontex hilft mit einer ständigen Einsatztruppe, die europäischen Grenzen und Küsten zu schützen. Unser Ziel ist, Frontex weiter zu auszubauen. Mit mehr gut ausgebildetem, ausgestatteten und flexibel einsetzbaren Personal kann Frontex den nationalen Grenzschutz stärken, wenn dort Hilfe benötigt wird.

In der Migrationspolitik brauchen wir dauerhafte Lösungen. Dafür müssen wir sowohl in der Europäischen Union als auch mit Drittstaaten, Herkunfts- und Transitländern eng zusammenarbeiten. Vorrangiges Ziel ist, dass Menschen in ihrer Heimat oder in deren Nähe Lebensperspektiven finden. Dafür muss die Europäische Union mit den afrikanischen Staaten Fluchtursachen bekämpfen.

Wir müssen das menschenverachtende Geschäft der Schleuser und Schlepper beenden und verhindern, dass Zehntausende weiterhin ihr Leben in Gefahr bringen. Zu diesem Zweck wollen wir Übereinkünfte nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch mit afrikanischen Staaten schließen. Dies kann bedeuten, Menschen, die aus den Booten der Schlepper vor dem Ertrinken gerettet werden, zurück an die nordafrikanische Küste zu bringen. Dort können sie in Absprache mit den betreffenden Ländern, z. B. in regionalen Aufnahmezentren versorgt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schutzsuchende in den für sie zuständigen EU-Mitgliedstaat zurückgeführt werden. Dies ist der Staat, in den der Asylbewerber zuerst eingereist ist. Dort muss das Asylverfahren durchgeführt werden. Zudem wollen wir Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union im Wege eines Quotenverfahrens fair und gerecht verteilen. Dabei darf kein Staat überfordert werden. In Übereinstimmung mit internationalem Recht sollte die Europäische Union entscheiden, wer und wie viele Menschen im Rahmen einer gemeinschaftlichen Asylpolitik Schutz innerhalb Europas erhalten.

Wir streben europaweit vergleichbare Standards für Flüchtlinge an: bei Anerkennungsverfahren, der Unterbringung und dem Niveau der Leistungen, die sich an den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten orientieren müssen.

Die Kompetenz für die Sozialsysteme muss bei den Mitgliedstaaten bleiben. Auch die Arbeitsmarktpolitik ist eine nationale Aufgabe. CDU und CSU lehnen deshalb eine europäische Arbeitslosenversicherung ab. Zudem halten wir an der nationalen Tarifautonomie fest.

3. **Die Europäische Union wird von vielen Bürgern als zu bürokratisch und nicht greifbar empfunden. Viele bemängeln ein Demokratiedefizit und haben das Gefühl, zu wenig Einfluss ausüben zu können. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dem entgegenzuwirken? Glauben Sie, dass es institutioneller Reformen bedarf? Wenn ja, welcher?**

In der Europäischen Union kommen die unterschiedlichen politischen Traditionen der Mitgliedstaaten zusammen. All diese Staaten bringen zudem ihre jeweilige Landessprache in die europäischen Verhandlungen ein. Dies macht europäische Politik tatsächlich schwieriger verständlich als die nationale Politik, die überschaubarer erscheint. Dies bedeutet aber nicht, dass die Europäische Union weniger demokratisch ist. Mit dem Europäischen Parlament gibt es in der EU eine direkt gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger. Das Europäische Parlament ist heute ein selbstbewusster, fast vollständig gleichberechtigter Mit-Gesetzgeber in der EU. Über diese demokratische Errungenschaft können wir stolz sein.

Region, Nationalstaat und Europäische Union sind keine Gegensätze, sondern ergänzen einander. Die Nationalstaaten und ihre Regionen bleiben unverzichtbar. Sie sind unsere Heimat und machen die einzigartige Vielfalt der Europäischen Union aus. Unterschiedliche Kulturen, Traditionen, Sprachen und vielfältige Ideen bereichern uns alle. Diese Vielfalt werden wir bewahren und stärken. Deswegen ist der CDU der Grundsatz der Subsidiarität so wichtig. Europa soll sich um die großen Aufgaben kümmern. Was in den Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten besser erledigt werden kann, muss auch dort geleistet werden. Europäische Gesetzgebung brauchen wir nur dann, wenn grenzüberschreitender oder gesamteuropäischer Mehrwert entsteht.

Europäische Gesetzgebungsverfahren müssen noch transparenter und effizienter werden. Deshalb wollen wir die Folgeabschätzung von EU-Gesetzentwürfen weiter stärken. EU-Recht wollen wir in Deutschland grundsätzlich eins-zu-eins umsetzen. Auch so vermeiden wir Bürokratie. Wo immer möglich, sollte den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen eigenes Ermessen eingeräumt werden, um bürgernah und wirtschaftsfreundlich handeln zu können. Gleichzeitig müssen alle Mitgliedstaaten das EU-Recht voll anwenden.

Nicht alle Mitgliedstaaten wollen mit gemeinsamen Antworten auf gemeinsame Herausforderungen reagieren. Deshalb wollen wir, dass diejenigen stärker zusammenarbeiten, die dazu willens sind. Wo keine gemeinsame Lösung aller möglich ist, setzen wir auf ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Die europäischen Verträge bieten hierfür bereits die rechtliche Grundlage. Die jeweilige Zusammenarbeit muss offen sein für die Mitgliedstaaten, die sich erst später entscheiden, hinzustoßen zu wollen.

Gerade angesichts der Vielfalt in der Europäischen Union müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger problemlos über europäische Entscheidungen informieren können. Informationen müssen im Sinne größtmöglicher Bürgernähe so schnell wie möglich in den unterschiedlichen EU-Amtssprachen zur Verfügung gestellt werden.

Grundsätzlich gilt, dass die Europäischen Verträge nicht in Stein gemeißelt sind. Bei Bedarf können und sollten sie verändert werden. Allerdings ist dabei auch zu bedenken, ob für eine Vertragsreform die notwendige Zustimmung aller Mitgliedstaaten erreichbar ist. Die CDU bevorzugt in der EU die Gemeinschaftsmethode vor Verträgen, die außerhalb des EU-Rahmens getroffen werden. Solche Lösungen können aber notwendig sein, um drängende Probleme zu lösen, wenn unter den EU-Mitgliedstaaten keine Einstimmigkeit vorliegt.